

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Einleitung	1
A. Ausgangsbetrachtung mit Gang der Untersuchung	1
B. Zuwendungsbegriff	6
C. Zuwendungsvergabe als verfassungsrechtlich zulässige Staatsaufgabe	13
D. Das System der Vergabe von Etatzuwendungen	17

Erster Teil:

Gesetzgeberische Bindungen der Leistungsverwaltung durch Zuwendungsgesetze

<i>Erstes Kapitel: Bindungsgrade</i>	45
A. Ansprüche/subjektive öffentliche Rechte	45
B. Förderermächtigungsgrundlagen	50
C. Aufgabenzuweisungsnormen	53
D. Programmsätze	63
<i>Zweites Kapitel: Verhältnis zum Haushaltsgesetz und Haushaltsplan</i>	66
A. Ausdrücklicher Haushaltsvorbehalt	66
B. Rechtsansprüche	70

Zweiter Teil:

Prädominanz der Etatzuwendungen

<i>Erstes Kapitel: Vorbehalt des Gesetzes</i>	75
A. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes als Rechtmäßigkeitsmaßstäbe	75
B. Subsidiarität des Vorbehalts des Gesetzes	79
C. Zum Geltungsbereich des Vorbehalts des Gesetzes	81
D. Charakteristika einer dem Vorbehalt des Gesetzes genügenden Norm	122
 <i>Zweites Kapitel: Zum weitgehenden Ausfall des Vorbehalts des Gesetzes im Zuwendungsbereich</i>	 125
A. Grundrechtliche Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes	125
B. Grundrechtlicher Gesetzesvorbehalt des Unionsrechts (bei Eingriffen deutscher Staatsorgane in Unionsgrundrechte) ..	230
C. Gleichheitsgrundrechte und Vorbehalt des Gesetzes	261
D. Wesentlichkeitsvorbehalt	268
E. Unionsrechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Gesetzen bei der Umsetzung von Richtlinien	275

Dritter Teil:

Materiellrechtliche Wirkungen von Haushaltsgesetz,
Haushaltsplan und Haushaltsordnung bei der Vergabe
von Zuwendungen – eine empirische Untersuchung

<i>Erstes Kapitel: Haushaltsplan (in Verbindung mit dem Haushaltsgesetz)</i>	287
A. Bedeutung der parlamentarischen Willensäußerung zum Zuwendungszweck für die Rechtmäßigkeit von Zuwendungen .	287
B. Bedeutung der parlamentarischen Willensäußerung zur Höhe der verfügbaren Haushaltsmittel für die Rechtmäßigkeit von Zuwendungen	299
C. Außenwirkung von Erläuterungen	331

<i>Zweites Kapitel:</i> Haushaltsgesetz	338
A. Besserstellungsverbot	338
B. Widerrufs- und Erstattungs Vorschriften in Haushaltsgesetzen der Länder	342
C. Aufhebung und Änderung von gesetzlichen Leistungsansprüchen	344
<i>Drittes Kapitel:</i> Haushaltsordnung	346
<i>Viertes Kapitel:</i> Fazit	352

Vierter Teil:

Grund und Grenzen der Außenwirkung
von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan

<i>Erstes Kapitel:</i> Die Unterscheidung zwischen formellem und materiellem Gesetz als traditionelle Grundlage des deutschen Haushaltsrechts und ihre heutige staatsrechtliche Bedeutung	355
A. Historischer Ursprung – Die Budgettheorie von Paul Laband ..	355
B. Fortschreibung über die Verfassungsepochen	378
C. Heutige Bedeutung und Ablehnung eines materiellen Gesetzesbegriffs als Kategorie des Grundgesetzes	389
<i>Zweites Kapitel:</i> Haushaltsplanfeststellung als Akt funktionaler Gesetzgebung	396
A. Gesetzesqualität des Haushaltsplans	396
B. Verortung im System der Staatsfunktionen	398
C. Resümee	403
<i>Drittes Kapitel:</i> Kompetenz des Gesetzgebers zur Festlegung des rechtlichen Wirkungsbereichs seiner Gesetze	404

<i>Viertes Kapitel: Haushaltsgesetz und Außenwirkung</i>	408
A. Historische Aspekte und Staatspraxis in der Bundesrepublik Deutschland	409
B. Bepackungsverbot (Art. 110 Abs. 4 Satz 1 GG) und Aufnahme materiellrechtlicher Vorschriften in das Haushaltsgesetz	412
C. Fazit	429
<i>Fünftes Kapitel: Haushaltsplan und Außenwirkung</i>	430
A. Der Haushaltstitel als Rechtssatz	431
B. Verhältnis zum Sachgesetz	432
C. Vergabe von Etatzuwendungen	440
D. Anwendungsfragen	457
<i>Sechstes Kapitel: Doppischer Haushaltsplan und Produkthaushalt</i> .	488
A. Doppischer Haushaltsplan	490
B. Produkthaushalt	494

Fünfter Teil:

Zusammenfassung in Leitsätzen

Zur Einleitung	501
<i>Zum Ersten Teil: Gesetzgeberische Bindungen der Leistungsverwaltung durch Zuwendungsgesetze</i>	506
<i>Zum Zweiten Teil: Prädominanz der Etatzuwendungen</i>	509
<i>Zum Dritten Teil: Materiellrechtliche Wirkungen von Haushaltsgesetz, Haushaltsplan und Haushaltsordnung bei der Vergabe von Zuwendungen – eine empirische Untersuchung</i>	432
<i>Zum Vierten Teil: Grund und Grenzen der Außenwirkung von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan</i>	539
Literaturverzeichnis	563
Register	603

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
A. Ausgangsbetrachtung mit Gang der Untersuchung	1
B. Zuwendungsbegriff	6
C. Zuwendungsvergabe als verfassungsrechtlich zulässige Staatsaufgabe	13
D. Das System der Vergabe von Etatzuwendungen	17
I. Die „anderweitige parlamentarische Willensäußerung“ im Haushaltsplan als verfassungsrechtliche Mindest- voraussetzung einer Zuwendung	18
II. Programmierung der Zuwendungsvergabe durch Richtlinien der Verwaltung	20
III. Die normative Ersatzfunktion des allgemeinen Gleichheitssatzes	26
1. Bedeutung der Zuwendungspraxis	26
2. Rechtswidrige und richtlinienwidrige Zuwendungspraxis	30
3. Rechtsfolgen/Anspruchsinhalte	32
a) Rechtsanspruch auf Teilhabe am Fördersystem	32
b) Verpflichtung der Behörde zur Versagung einer Zuwendung	34
c) Abwehr von Drittbegünstigungen	34
IV. Festlegung und Konkretisierung von Zuwendungszwecken	38
V. Begründung von Verwaltungsbefugnissen durch Verwaltungsakt	42

Erster Teil:

Gesetzgeberische Bindungen der Leistungsverwaltung
durch Zuwendungsgesetze

<i>Erstes Kapitel: Bindungsgrade</i>	45
A. Ansprüche/subjektive öffentliche Rechte	45
I. Ansprüche ohne Entscheidungsspielraum der Verwaltung (Rechtsansprüche)	47
1. Voraussetzungslose Rechtsansprüche zu Gunsten namentlich benannter Personen oder Einrichtungen (am Beispiel des Staatsvertrags)	47
2. Rechtsansprüche nach abstrakt-generellen Kriterien	49
II. Ansprüche mit Entscheidungsspielraum der Verwaltung	49
B. Förderermächtigungsgrundlagen	50
C. Aufgabenzuweisungsnormen	53
I. Aufgabenzuweisungsnormen und Zuwendungsvergabe	54
II. Exkurs: Aufgabenzuweisungsnormen als Eingriffsgrundlagen ..	55
D. Programmsätze	63
 <i>Zweites Kapitel: Verhältnis zum Haushaltsgesetz und Haushaltsplan</i>	 66
A. Ausdrücklicher Haushaltsvorbehalt	66
B. Rechtsansprüche	70

Zweiter Teil:

Prädominanz der Etatzuwendungen

<i>Erstes Kapitel: Vorbehalt des Gesetzes</i>	75
A. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes als Rechtmäßigkeits- maßstäbe	75
I. Vorrang des Gesetzes	76
II. Vorbehalt des Gesetzes	77
B. Subsidiarität des Vorbehalts des Gesetzes	79

C. Zum Geltungsbereich des Vorbehalts des Gesetzes	81
I. Historischer Ursprung und klassischer Eingriffsvorbehalt	81
1. Erster Entwicklungsschritt: Eingriffsvorbehalt als Mitwirkungsbefugnis des Parlaments	81
2. Zweiter Entwicklungsschritt: Eingriffsvorbehalt als Beschränkung des Verwaltungshandelns	91
II. Lehren vom „Totalvorbehalt“ und generelle Ausdehnung des Vorbehaltsbereichs auf die Leistungsverwaltung	95
1. Entstehungsgeschichtlicher Überblick	96
2. Gegenwärtige Bedeutung	103
3. Forderung nach einer parlamentarischen Willensäußerung in Form des Haushaltsgesetzes kein Ausdruck eines „Totalvorbehalts“	108
a) Haushaltssatzungen der mittelbaren Staatsverwaltung	108
b) Ausschluss des Haushaltsgesetzes im Vorbehaltsbereich	109
III. Wesentlichkeitsvorbehalt (Wesentlichkeitstheorie)	110
IV. Auslöser des Vorbehaltsprinzips	119
D. Charakteristika einer dem Vorbehalt des Gesetzes genügenden Norm	122

*Zweites Kapitel: Zum weitgehenden Ausfall des Vorbehalts
des Gesetzes im Zuwendungsbereich*

A. Grundrechtliche Gesetzesvorbehalte des Grundgesetzes	125
I. Eingriff bei Dritten (insbesondere Konkurrenten des Geförderten)	127
1. Schutzbereichsfragen	127
a) Schutz des wirtschaftlichen Wettbewerbs	128
aa) Art. 12 Abs. 1 GG	128
bb) Art. 14 Abs. 1 GG	131
b) Schutz des immateriell-ideellen Wettbewerbs	132
c) Freiheitsrechtlicher Schutz vor Ungleichbehandlungen?	134
d) Drittbetroffenheit von Nichtwettbewerbern	139
2. Eingriffsdogmatik	140
a) Klassischer Eingriff	141
b) Erweiterter Eingriffsbegriff	143
c) Mittelbare Eingriffe	145
aa) Mittelbare Eingriffe als Zurechnungsproblematik	146
bb) Zurechnung über das Merkmal der Finalität	147
cc) Zurechnung über das Merkmal der Intensität	149

d) Modifizierung der Eingriffsdogmatik durch das Gebot der Staatsferne	159
aa) Besonderheiten im Bereich der Pressesubventionierung	159
bb) Überformung der Eingriffsvoraussetzungen durch das Gebot der Staatsferne	161
cc) Unterscheidung zwischen Gebot der Staatsferne und Neutralitätspflicht	164
dd) Politischer Wettbewerb und Staatsferne	166
ee) Bereichs- und segmentbezogene Differenzierungen	167
ff) (Verfassungs-)normexterne eingriffsmodifizierende Wirkungen des Gebots der Staatsferne	169
II. Eingriff beim Geförderten	171
1. Freiheitsgefährdungen	171
a) Freiheitsgefährdungen durch Abhängigkeit vom Staat	171
aa) Abhängigkeit von Anschlussförderung am Beispiel der Wohnungsbauförderung im Land Berlin	172
bb) Abhängigkeit vom Staat durch fehlenden Vertrauensschutz ..	173
(1) Vertrauensschutz bei Etatzuwendungen	174
(2) Vertrauensschutz beim Abbau von Steuervergünstigungen oder anderen gesetzlichen Abgabenverschonungstatbeständen in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	182
(3) Vertrauensschutz beim Abbau gesetzlich vorgesehener Zuwendungen in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	190
(4) Fazit	192
cc) Beispiele abhängigkeitsverstärkender Folgen fehlenden Vertrauensschutzes	194
dd) Duale Finanzierungsmodelle	196
b) Freiheitsgefährdungen durch Anpassungsdruck	197
c) Freiheitsgefährdungen durch belastende Nebenbestimmungen ...	199
aa) Besserstellungsverbot	200
bb) Auflage zur Anwendung des Vergaberechts	201
(1) Rechtmäßigkeit der Nebenbestimmung	203
(2) Widerruf des Zuwendungsbescheids und Rückforderung der Zuwendung	209
cc) Auszahlungsbedingung der Bestandskraft des Zuwendungsbescheids	210
(1) Geltendmachung eines höheren Zuwendungsbetrags	211
(2) Anfechtung von Nebenbestimmungen	212
d) Freiheitsgefährdungen durch staatliche Zuwendungskontrolle ...	215

2. Problematik des Grundrechtseingriffs	219
a) Eingriff durch Ablehnung einer Zuwendung	219
b) Eingriff durch positive Gewährung von Zuwendungen	222
aa) Ablehnung eines Grundrechtseingriffs	223
bb) Kritik im Schrifttum	225
c) Eingriff durch Zuwendungsabbau	228
B. Grundrechtlicher Gesetzesvorbehalt des Unionsrechts (bei Eingriffen deutscher Staatsorgane in Unionsgrundrechte) ..	230
I. Unionsrechtlicher Vorbehalt des Gesetzes (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 EuGRC)	233
II. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	234
1. Auslegung und Anwendung des Art. 51 Abs. 1 Satz 1 EuGRC	235
a) Enges Verständnis	235
b) Rechtssache Åkerberg Fransson	236
c) Korrekturen in nachfolgenden Entscheidungen (insbesondere Rechtssache Julian Hernández)	241
d) Fazit	244
2. Folgen für die deutsche Grundrechtsordnung	246
a) Unitarisierende Wirkung von Grundrechten im Mehrebenensystem	246
b) Innovationsgrad des Åkerberg-Fransson-Urteils	247
c) Getrennte oder parallele Grundrechtsordnungen?	250
d) Überlegungen zu der vom Europäischen Gerichtshof angenommenen Kollisionsregel	256
III. Grundrechtseingriff und Zuwendung	258
C. Gleichheitsgrundrechte und Vorbehalt des Gesetzes	261
D. Wesentlichkeitsvorbehalt	268
E. Unionsrechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Gesetzen bei der Umsetzung von Richtlinien	275
I. Unionsrechtliche Anforderungen	275
II. Richtlinien der Europäischen Union und Zuwendungen am Beispiel der Richtlinie 2009/28/EG	280
III. Unionsrechtlicher Vorbehalt des Gesetzes?	282

Dritter Teil:

Materiellrechtliche Wirkungen von Haushaltsgesetz,
Haushaltsplan und Haushaltsordnung bei der Vergabe
von Zuwendungen – eine empirische Untersuchung

<i>Erstes Kapitel: Haushaltsplan (in Verbindung mit dem Haushaltsgesetz)</i>	287
A. Bedeutung der parlamentarischen Willensäußerung zum Zuwendungszweck für die Rechtmäßigkeit von Zuwendungen .	287
I. Zuwendungsgesetzliche Zweckbestimmung	287
II. Haushaltsplanmäßige Zweckbestimmung bei Etatzuwendungen	288
III. Die Zweckbestimmung des Haushaltstitels als rechtliche Grundvoraussetzung der Etatzuwendungsvergabe	289
IV. Die Zweckbestimmung des Haushaltstitels als Rechtfertigungselement	293
1. Verhältnismäßigkeit/Zweck-Mittel-Relationen	294
2. Der Haushaltsplan als relevante Quelle des Zuwendungszwecks	296
V. Auslegung des Haushaltsplans hinsichtlich des Zuwendungszwecks	298
B. Bedeutung der parlamentarischen Willensäußerung zur Höhe der verfügbaren Haushaltsmittel für die Rechtmäßigkeit von Zuwendungen	299
I. Rechtsansprüche auf Zuwendungen	300
II. Rechtsansprüche aus Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit der Verwaltungspraxis	301
III. Gesetzliche Förderansprüche unter ausdrücklichem Haushaltsvorbehalt	302
IV. Gesetzliche Ansprüche auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über einen Zuwendungsantrag und Förderermächtigungsgrundlagen mit Ermessen	305
V. Etatzuwendungen	309

1. Fehlende Haushaltsmittel und „Selbstbindung“ der Verwaltung	310
2. Fehlende Haushaltsmittel und Ermessensausübung	312
a) Einräumung des Ermessens durch den Haushaltsgesetzgeber? ...	314
b) Ermessensgrenzen	317
VI. Beseitigung von Drittbegünstigungen als Voraussetzung für die Neuverteilung von Haushaltsmitteln (positive Konkurrentenklage)	318
VII. Zuwendungsgewährung trotz Ablaufs des Haushaltsjahres oder Erschöpfung der Haushaltsmittel im Laufe eines Verwaltungs-, Widerspruchs- oder Klageverfahrens	321
1. Begründung von Rechtsansprüchen	321
2. Effektiver Rechtsschutz	324
3. Vorverlegung des für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage maßgeblichen Zeitpunkts	327
VIII. Zuwendungsversagung wegen Ablaufs des Haushaltsjahres oder Mittelerschöpfung im Laufe eines Verwaltungs-, Widerspruchs- oder Klageverfahrens	329
C. Außenwirkung von Erläuterungen	331
I. Einfache und verbindliche Erläuterungen	332
II. Überschneidungsbereich zwischen Zuwendungszweck und sachgegenständlichen Vergabebedingungen	333
III. Festlegung von Zuwendungsempfängern	334
1. Abstrakt-genereller Empfängerkreis	335
2. Konkrete Einzelempfänger	336
<i>Zweites Kapitel: Haushaltsgesetz</i>	338
A. Besserstellungsverbot	338
B. Widerrufs- und Erstattungsvorschriften in Haushaltsgesetzen der Länder	342
C. Aufhebung und Änderung von gesetzlichen Leistungsansprüchen	344
<i>Drittes Kapitel: Haushaltsordnung</i>	346
<i>Viertes Kapitel: Fazit</i>	352

Vierter Teil:

Grund und Grenzen der Außenwirkung
von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan

<i>Erstes Kapitel:</i> Die Unterscheidung zwischen formellem und materiellem Gesetz als traditionelle Grundlage des deutschen Haushaltsrechts und ihre heutige staatsrechtliche Bedeutung	355
A. Historischer Ursprung – Die Budgettheorie von Paul Laband ..	355
I. Dogmengeschichtlicher Hintergrund: Budgetkonflikte zwischen Regierung und Parlament	356
1. Verknüpfung einer etatfremden Sachfrage mit der Verabschiedung des Finanz- oder Haushaltsgesetzes (Streit um das Badische Pressegesetz von 1831)	356
2. Meinungsverschiedenheiten über Budgetfragen	359
a) Kurhessischer Budget- und Verfassungskonflikt (1850)	362
b) Preußischer Budget- und Verfassungskonflikt (1862–1866)	366
II. Das Gesetz im (nur) formellen Sinne als Verwaltungsakt ohne Rechtsregel	369
III. Staatsrechtliche Folgerungen für das konstitutionelle Budgetrecht	371
1. Verwaltungsmäßige Gebundenheit des Parlaments	372
2. Zuordnung zum Nicht-Recht	373
3. Zulässigkeit des budgetlosen Regiments	375
IV. Haushaltsübergreifende allgemeine Bedeutung (Organkompetenz)	376
B. Fortschreibung über die Verfassungsepochen	378
I. Weimarer Republik	379
II. Bonner Grundgesetz	385
C. Heutige Bedeutung und Ablehnung eines materiellen Gesetzesbegriffs als Kategorie des Grundgesetzes	389
 <i>Zweites Kapitel:</i> Haushaltsplanfeststellung als Akt funktionaler Gesetzgebung	396
A. Gesetzesqualität des Haushaltsplans	396
B. Verortung im System der Staatsfunktionen	398
C. Resümee	403

<i>Drittes Kapitel: Kompetenz des Gesetzgebers zur Festlegung des rechtlichen Wirkungsbereichs seiner Gesetze</i>	404
<i>Viertes Kapitel: Haushaltsgesetz und Außenwirkung</i>	408
A. Historische Aspekte und Staatspraxis in der Bundesrepublik Deutschland	409
B. Bepackungsverbot (Art. 110 Abs. 4 Satz 1 GG) und Aufnahme materiellrechtlicher Vorschriften in das Haushaltsgesetz	412
I. Entstehungsgeschichtliche Aspekte	413
II. Suche nach modernen Zwecken in Rechtsprechung und Lehre .	417
III. Zulässigkeit außenwirksamer Rechtsetzung im Haushaltsgesetz	419
C. Fazit	429
<i>Fünftes Kapitel: Haushaltsplan und Außenwirkung</i>	430
A. Der Haushaltstitel als Rechtssatz	431
B. Verhältnis zum Sachgesetz	432
I. Mußnugs These eines ungeschriebenen Verfassungsgrundsatzes der Subordination des Haushaltsplans unter das geltende Recht	433
II. Rechtsstaatliches Verbot der Abänderung und Aufhebung von Sachgesetzen durch den Haushaltsplan?	434
III. Vorrang des Sachgesetzes	436
1. Keine Änderung oder Aufhebung eines Sachgesetzes durch den Haushaltsplan (formelle Derogation)	436
2. Kollision zwischen Sachgesetz und Haushaltsgesetz (materielle Derogation)	438
C. Vergabe von Etatzuwendungen	440
I. Verfassungsrechtliche Restriktionen	441
1. „Feststellung“ des Haushaltsplans	442
2. Fehlende Veröffentlichung im Gesetzblatt	443
3. Bepackungsverbot (Art. 110 Abs. 4 Satz 1 GG)	445
4. Gesetzgebungsverfahren	446
5. Kompetenzordnung	447

II. Restriktionen aus § 3 Abs. 2 HGrG	447
1. Bindung von Bund und Ländern an die gemeinsamen Haushaltsgrundsätze	447
a) Vorrang des Sachgesetzes (§ 3 Abs. 2 HGrG)	448
b) Allgemeine Bindungswirkung des Haushaltsgrundsatzgesetzes .	448
2. Für die Haushaltsgesetzgebung verbindlicher Regelungsgehalt des § 3 Abs. 2 HGrG	452
a) Kein Verbot der Außenrechtsetzung	453
b) Zulässigkeit der Gewährung von Abwehransprüchen	455
D. Anwendungsfragen	457
I. Begründung eines Regel-Ausnahme-Prinzips zu Gunsten einer interorganschaftlichen Wirkung des Haushaltsplans	457
II. Regelungsmaterien bei Etatzuwendungen	458
1. Zuwendungszweck	458
2. Festlegung oder Ausschluss von Fördersachverhalten	460
3. Festlegung eines generellen Empfängerkreises	462
4. Festlegung weiterer, nicht den Zuwendungszweck konkretisierender Vergabebedingungen	463
5. Festlegung eines einzelnen Empfängers	464
6. Einräumung von Vergabeermessen	470
7. Haushaltsmittelhöhe und Ermessensausübung	472
8. Abwehransprüche aufgrund drittschützender Vergabebedingungen	473
III. Fachgerichtliche Kontrolle objektiv-rechtlicher Außenrechtssätze über Art. 3 Abs. 1 GG	474
IV. Kompetenzrechtliche Aspekte	477
1. Verwaltungskompetenz	477
2. Finanzierungszuständigkeit	479
3. Gesetzgebungskompetenz	480
4. Ausführung des Bundeshaushaltsplans durch die Länder gemäß Art. 83 GG?	482
V. Grundrechtseingriffe	485
<i>Sechstes Kapitel: Doppischer Haushaltsplan und Produkthaushalt</i> .	488
A. Doppischer Haushaltsplan	490
B. Produkthaushalt	494

Fünfter Teil:

Zusammenfassung in Leitsätzen

Zur Einleitung	501
<i>Zum Ersten Teil:</i> Gesetzgeberische Bindungen der Leistungsverwaltung durch Zuwendungsgesetze	506
<i>Zum Zweiten Teil:</i> Prädominanz der Etatzuwendungen	509
<i>Zum Dritten Teil:</i> Materiellrechtliche Wirkungen von Haushaltsgesetz, Haushaltsplan und Haushaltsordnung bei der Vergabe von Zuwendungen – eine empirische Untersuchung	432
<i>Zum Vierten Teil:</i> Grund und Grenzen der Außenwirkung von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan	539
Literaturverzeichnis	563
Register	603